

Entscheidungskampf oder Hängepartie?

Aspekte des Arbeitskampfes 1984

Dr. Gerd Elvers, geb. 1937 in Danzig, Diplom-Volkswirt, studierte Volkswirtschaft und Politische Wissenschaften an der Universität München und ist seit 1970 beim DGB-Landesbezirk Bayern in der Abteilung Wirtschaft beschäftigt.

„Nichts wird mehr so sein wie bisher“! rief ein hauptamtlicher IG-Metaller zum Höhepunkt der Streikauseinandersetzung aus, nachdem er und seine Familie telefonisch mit anonymen Morddrohungen einem Psychoterror bisher unbekanntes Ausmaßes ausgesetzt wurde.

Eine tiefe Spur hat der Arbeitskampf in den Köpfen und Gefühlen der Beteiligten hinterlassen. Das Wort Streik kommt aus dem Englischen „to strike“; in der ursprünglichen Wortwurzel bedeutet es „schlagen, treffen“. Im übertragenen Sinn heißt „to strike“ auch „tief ergreifen, aufwühlen“. Es bewahrheitete sich wieder die alte Erfahrung: Kaum ein Ereignis setzt so viele Emotionen, so viel Betroffenheit frei.

Das aufwühlende Geschehen legt aber auch Grundstrukturen über die Machtverhältnisse frei, die ansonsten in der Routine des normalen Tagesgeschehens verdeckt sind.

Beim Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie stand der DGB einer unheiligen Dreieinigkeit aus Unternehmern, Regierung und Presse fast isoliert gegenüber. Als sympathisierende Organisationen waren die parlamentarische Opposition und Teile der beiden Kirchen auszumachen. Das war eine äußerst schwierige Ausgangslage, die allerdings nicht den Blick auf eigene Schwächen verstellen sollte.

Hier soll nicht der Anspruch auf eine ausführliche innerverbandliche Manöverkritik erhoben werden. Nur soviel sei gesagt: Die Einzelgewerkschaften befolgten im Vorfeld der Auseinandersetzung den Grundsatz, in einer solch elementaren Forderung wie der Arbeitszeitverkürzung nicht einheitlich aufzutreten, sondern getrennt zu marschieren mit dem Versprechen, wenn es ernst werde, Solidarität zu üben. Allerdings und dies war die erste und wohl entscheidende Fehlkalkulation der anderen Seite: die Fronde der unheiligen Dreieinigkeit, eine beispiellose Medienkampagne, eine konzentrierte Einschüchterungsstrategie von Kapital und Bundesregierung konnte einen Kern bewußter, organisierter Arbeitnehmer nicht verunsichern - zuerst sichtbar geworden bei der Großkundgebung in Bonn, manifestiert in den überzeugenden Urabstimmungen und realisiert in den disziplinierten Streikaktionen der Betriebe.

Beginn und Ablauf eines Streiks bedürfen einer möglichst vorausschauenden Planung und Organisation. Dies ist eine unabdingbare Forderung. Doch die reale Dynamik einer solchen Massenbewegung entzieht sich einer systematischen Reißbrettplanung. Zwar sind aus den Erfahrungswerten vergangener Streiks gewisse Ablaufmuster, Eskalationsmechanismen bei der Austragung der Konflikte bekannt - von der Willensbildung innerhalb der Mitgliedschaft zur aufzustellenden Forderung bei den Verhandlungen, zu den Warnstreiks usw. Aber spontane, nicht einkalkulierbare, überraschende Ereignisse sind unvermeidbare Begleitumstände. Vor allem bestätigte sich eine Regel erneut: Je länger ein Streik dauert, desto mobilisierter werden die am Streik unmittel-

bar Beteiligten. Ihre Erwartungshaltung wächst, was dann mit dem tatsächlich erreichten Ergebnis nicht übereinstimmt. Andererseits können die am Streik nicht unmittelbar beteiligten Organisierten diese Mobilisierungserlebnisse nicht nachvollziehen. Diese unterschiedlichen Erfahrungs- und Motivations-ebenen innerhalb der Arbeitnehmerschaft: hochmotivierte aktiv Streikende, nicht einbezogene Organisierte und dazu die mehr oder minder passiven Nicht-mitglieder, haben sich auch diesmal als ein nichtaufgearbeitetes Problem gewerkschaftlicher Taktik und Strategie erwiesen, zusätzlich belastet durch das Moment der kalt Ausgesperrten.

Zum Kräfteverhältnis auf der Arbeitgeberseite

Der Höhepunkt des Arbeitskampfes war mit dem Beschluß der Mitgliederversammlungen der regionalen Verbände von Gesamtmetall in Bayern und Nordrhein-Westfalen erreicht, ihre Vorstände zu weiteren kalten Aussperrungen in ihren Ländern zu ermächtigen. Wären die Vorstände (hier am Beispiel des Vereins der Bayerischen Metallindustrie [VBM] dargestellt) dieser Ermächtigung zu einer Generalaussperrung (in allen Betrieben über 5000 Beschäftigten) gefolgt, hätte es eine maßlose Ausweitung des Arbeitskampfes mit unabsehbaren Konsequenzen gegeben. Die harte Linie innerhalb von Gesamtmetall mochte sich zu diesem Zeitpunkt einige für sie günstige Perspektiven ausrechnen: die Streikkasse der IG Metall war nach vier Wochen um fast eine halbe Milliarde DM geleert. Bayern mochte eingedenk der Streikniederlage 1954, die bis in die siebziger Jahre nachwirkte, für viele Heißsporne im Unternehmerlager ein besonders günstiges Exerzierfeld sein, die totale Unternehmersmacht zu entfalten.

Im nachhinein stellt sich die entscheidende Frage: Warum haben die Vorstände den totalen Konfrontationskurs nicht weiter verfolgt? Warum ist es an diesem Punkt zu einem Bruch der bisherigen jahrelang verfolgten Unternehmerstrategie gekommen? Hierfür gibt es einige Erklärungsgründe, die nach außen sichtbar wurden:

- Der DGB hatte sofort die Gefahr erkannt und mit öffentlichen Veranstaltungen die Allgemeinheit aufzurütteln versucht und zugleich die Solidarität aller Gewerkschaften mit der IG Metall bekundet. Dies konnte nicht ohne Eindruck bleiben.
- Die Bundesregierung machte einen Schwenk. Bundesarbeitsminister Blüm intervenierte beim VBM (unbekannt ist, ob mit Rückendeckung des Bundeskanzlers; allein hätte der Arbeitsminister wohl nicht das nötige Gewicht aufgebracht. Wahrscheinlicher ist, daß der Bundeskanzler durch Nicht-anwesenheit oder Stillschweigen seinem Arbeitsminister den Raum verschaffte).

- Die Verhandlungen in den beiden Bezirken Nordwürttemberg-Nordbaden und Hessen zeigten einige erste tragfähige Kompromißmöglichkeiten.
- Einige der veröffentlichten Meinungsträger murmelten undeutlich, aber hörbar von einer überzogenen Haltung der Unternehmerseite.

Es mögen auch Irritationen wegen des gescheiterten Vermittlers Biedenkopf und die Begleitmusik dazu gewesen sein, die ein schlechtes Bild auf das Arbeitgeberlager warfen.

Dies waren die nach außen sichtbaren Faktoren der Kehrtwendung. Entscheidender war aber, wie die äußeren Signale auf die inneren Entscheidungsstrukturen der Kapitaleseite wirkten. Bei der Diskussion der Verbandsversammlung um den Leber-Kompromiß ist im bayerischen VBM später bestätigt worden: Die bisherige Einheit von Gesamtmetall brach auseinander. Die vom Streik besonders betroffene Großindustrie war nicht willens, die Auseinandersetzungen weiter zu eskalieren. Hier erwies sich, daß die besondere Anlage der Streikaktion durch die IG Metall wirksam wurde. In den Führungsorganen der Großindustrie konnten die harten Fakten der roten Zahlen in den Büchern vor der ideologischen Position den Vorrang gewinnen. Überdies hatte die Großindustrie in den Vorständen das Sagen — anders als in den Verbandsversammlungen von Gesamtmetall, wo die kleineren und mittleren Unternehmen dominieren. Blüms Intervention mochte da als willkommenes Zusatzargument dienen, die Vertreter der harten Linie zu beschwichtigen. Am Ende wogen die vollendeten Tatsachen des Leber-Kompromisses so schwer, daß es zu einer weiteren Aufspaltung — nun innerhalb der bisher harten Linie — in den Verbandsversammlungen kam, mit der Konsequenz, daß sich eine Mehrheit aus Großindustrie und Abgesprochenen für den Kompromiß aussprach.

Die „harte Linie“ auf der Kapitaleseite

Beim Blick zurück auf die harte Tarifaueinandersetzung dieses Jahres bei Druck und Metall könnte man zunächst aufatmend konstatieren: Wir sind nicht in Weimar, das Horrorszenarium eines mörderischen Schlagabtausches fand nicht statt, weil die vernünftigen Kräfte überwogen. Die Bundesregierung besann sich — wenn auch sehr spät — ihrer ausgleichenden Funktion, sie fiel den Unternehmern in die Arme. Beim genaueren Hinsehen erweist sich eine solche Interpretation als zu einfach. Was die Bundesregierung angeht, so ist bisher nur über die Rolle von Arbeitsminister Blüm etwas bekannt, beim Bundeskanzler ist man auf Spekulation angewiesen. Seine späteren Äußerungen zum öffentlichen Dienst dokumentieren ein nach wie vor ungebrochenes Unverständnis der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung. Härte und Dramatik des Arbeitskampfes sind allerdings in erster Linie auf die Haltung

einer Gruppierung innerhalb des Arbeitgeberlagers zurückzuführen, deren Position, mangels einer präziseren Definition, als die „harte Linie der Kapitalseite“ charakterisiert wird. Sie hatte beim vergangenen Arbeitskampf lange Zeit die Führung inne.

Am „Fall Biedenkopf“ ist erkennbar geworden, um welche Gruppierung innerhalb des Arbeitgeberlagers es sich handelt. An diesem Beispiel läßt sich aufzeigen, welchen gesellschaftspolitischen Rechtsruck inzwischen einige Gruppen in der Bundesrepublik vollzogen haben. Dem ordoliberalen Nationalökonom Biedenkopf ist es in der Nachfolge von Eucken, Müller-Armack und Erhard eine Selbstverständlichkeit, daß wirksame Arbeitszeitverkürzungen eine Antwort auf die Produktivitätssteigerungen sein müssen. Mit schmerzhafter Überraschung (die er, wie seine Eigendarstellung in der Publikation „Die Zeit“ beweist, für sich noch nicht aufgearbeitet hat) mußte er angesichts der schroffen, ja beleidigenden Abfuhr seines Kompromißvorschlages durch die Arbeitgeber erfahren, daß eine große Gruppierung des Kapitals dieses liberal-kapitalistische Erbe der Adenauer- und Erhard-Zeit inzwischen hinter sich gelassen hat. Die Quintessenz der von ihr vertretenen Politik dürfte die Destruktion des gesellschaftspolitischen Leitbildes der „Sozialen Marktwirtschaft“ sein, mit dessen Mäntelchen sie sich heute noch drapieren. Das bedeutet, daß das Bemühen um einen Grundkonsens zwischen den gesellschaftspolitischen Gruppen aufgegeben, „Interessenpluralismus“ und „Sozialpartnerschaft“ sowie die staatliche Intervention zugunsten der Stabilisierung eines Minimalausgleichs zwischen Arbeit und Kapital (bei einer grundsätzlich am Kapital orientierten Ordnung) abgelehnt werden. Diese Politik zielt letztlich auf die Unterwerfung des Staats unter die Kapitalherrschaft. Während des letzten Arbeitskampfes ist ihr das zeitweise schon gelungen.

Die Entstehung dieser Kapital-Gruppierung ist auf die ökonomische Krise zurückzuführen. Um in der Krise die Gewinnraten weiter zu realisieren, an die man sich in der Hochkonjunktur gewöhnt hat, sollen, parallel zu dem vom Staat eingeleiteten Sozialabbau, die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene in allen Bereichen demontiert werden - bis hin zur Aushöhlung, ja Zerstörung des in 30 Jahren gewachsenen Tarifvertragssystems und der Streikwaffe*). Da die Gewerkschaften das entscheidende Bollwerk gegen diese Politik sind, muß dieses Hindernis weggeräumt werden (bei formaler Weiterexistenz der Gewerkschaften).

*: Daß der frühere Vorschlag des jetzigen Bundeswirtschaftsministers Bangemann über ein „Verbändeasetz“ keine Eintagsfliege war, beweist der CSU-Staatssekretär von Waldenfels, der diesen Vorschlag mit dem Ziel aufgegriffen hat, die Gewerkschaftsbewegung zu „entwaffnen“.

Mit der Vertiefung der ökonomischen Krise wird dieser Gruppe innerhalb der Kapitalseite ausreichend Nährboden zum Wachstum geboten. Schon heute verfügt sie über eine breite Basis. Sie umfaßt vor allem kleinere Unternehmen, die, neben der ökonomischen Krise, dem permanenten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, und das Handwerk, einen, wie die Erfahrungen um die 35-Stunden-Woche beweisen, für ideologisch harte Positionen besonders anfälligen Bereich. Es scheint so, als ob gerade der Mittelstand, das Handwerk und kleinere Unternehmen, entgegen ihrer selbst proklamierten ökonomischen Stabilität, unerschwellig von bedrohlichen Existenzängsten beherrscht werden und die Ursachen dafür den Gewerkschaften zuschieben. Gerade die Verbindung von Kapitalinteresse und kleinbürgerlichen Angstpsychosen ist — wie die Geschichte der Weimarer Republik zeigt — von besonderer Brisanz. Es gibt keine Garantie dafür, daß diese „harte Linie“ nicht in Zukunft eine dauerhafte Mehrheit im Kapitallager sammeln und ihre Strategie dann vollenden kann.

Notwendige gewerkschaftliche Schlußfolgerungen

Wo steht die Gewerkschaftsbewegung nach der Tarifrunde? Folgt man den Kommentatoren, die nach hysterischen Tiraden auf nüchterne Tonlagen umgeschaltet haben, so gäbe es weder Sieger noch Besiegte, wäre alles so wie früher, habe sich der Aufwand eigentlich nicht gelohnt. Dem Einbruch in die 40-Stunden-Woche auf der einen Seite stünde der Einstieg in die Flexibilisierung der Arbeitszeit gegenüber.

Diese Beurteilung, der wohl die meisten folgen dürften, unterstellt, daß eine Gesamtbeurteilung überhaupt schon möglich ist. Übersehen wird dabei, daß der härteste Arbeitskampf der Nachkriegszeit die ideologische Kontraposition der Kapitalseite zwar hat durchbrechen können, daß es aber, gemessen an der Grundsatzforderung nach der 35-Stunden-Woche, nur zu einem „Einstieg“ gereicht hat. Das Ergebnis kann keine eindeutige Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Die IG Druck und Papier hat das zu beziffern versucht: 4000 Arbeitsplätze würden zwar zusätzlich gesichert, dem stünden aber 20000 durch Rationalisierungsmaßnahmen gefährdete gegenüber. Es liegt daher in der Logik der Sache, daß nach dem Auslaufen des Tarifvertrages 1986 im Metallbereich eine neue Verkürzung der Arbeitszeit ins Haus steht. Erfolg oder Mißerfolg wird man also letztlich erst daran ablesen können, ob in zwei Jahren die Gewerkschaftsbewegung willens und in der Lage ist, die notwendige zweite Etappe zur Arbeitszeitverkürzung durchzustehen. Sollte es diese zweite Runde nicht geben, sollte es also längere Zeit bei einer neuen „Maginot-Linie“ von 38,5 bzw. 38 Stunden bleiben, käme die Kapitalseite zu einem nachträglichen Triumph.

Bei einem erneuten Kampf für die 35-Stunden-Woche muß die Herausbildung einer dauerhaften „harten Linie“ innerhalb der Kapitalseite gewerkschaftspolitisch einkalkuliert werden.

Der „Klassenkampf von rechts“, der mit dem Tabu-Katalog vor Jahren programmatisch sichtbar wurde und der in der Tarifrunde zum ersten Mal praktisch erprobt wurde, wird sich in Zukunft noch verschärfen. Was bedeutet das für die Gewerkschaftsbewegung? Nicht nur die unmittelbar betroffenen Gewerkschaften allein dürfen sich darauf konzentrieren, die Erfahrungen mit dieser Tarifrunde zu verarbeiten, an diesem Prozeß müssen sich vielmehr alle Gewerkschaften beteiligen. Sollte die Kapitalseite die „Sozialpartnerschaft“ tatsächlich zu den Akten legen, braucht das auch kein Thema für die Gewerkschaftsbewegung mehr zu sein. Wenn die Kapitalseite sich erneut auf eine bedingungslose Kontra-Position einschwört, ist solidarische Geschlossenheit schon bei der Aufstellung der Forderungen ein unbedingtes Muß gewerkschaftlicher Strategie.

Dabei kommt dem Dachverband DGB verstärkt eine integrierende Funktion zu. Es sind Taktiken zu entwickeln, wie die unterschiedlichen Erfahrungsebenen der Arbeitnehmer, die zu unterschiedlichen Bewußtseinslagen führen, einzubeziehen sind.

Wer die Realität der kalten Aussperrung am eigenen Leibe erfährt, tut sich schwer, das solidarische Erlebnis der aktiv Streikenden nachzuvollziehen. Nur durch die Schaffung einer kollektiven, möglichst gleichartigen Erfahrung kann ein kollektives Bewußtsein erzielt werden, das zum solidarischen Verhalten führt. Es muß daher der richtige Mittelweg zwischen Schwerpunktstreiks zur Schonung der Streikkassen und einer breiten aktiven Solidarität möglichst vieler Arbeitnehmer gefunden werden.